

Ratsherr Beißel führt aus, dass für die CDU-Fraktion im Vordergrund stehe, dass mit der Einrichtung einer Mehrklasse auch tatsächlich alle Rheinbacher Kinder einen Schulplatz finden. Nur dann mache diese Regelung Sinn, anderenfalls werde sie die Elternschaft erneut spalten. Da dies nicht garantiert werden könne, habe die CDU-Fraktion diesem Vorschlag nicht zugestimmt.

Nach wie vor sei er der Überzeugung, so Ratsherr Danz, dass es richtig gewesen wäre, in diesem Fall bereits vor 14 Tagen eine Dringlichkeitsentscheidung zu fällen, um den politischen Willen zur Einrichtung einer Mehrklasse zu bekunden. Nachdem sich die Nachbarkommunen nunmehr positioniert haben, sei die Ausgangssituation nicht einfacher geworden.

Der Appell richte sich nach wie vor an die Bezirksregierung, der Einrichtung einer Mehrklasse an der Gesamtschule zuzustimmen, weil dies die einzige Chance sei, den Rheinbacher Kindern einen Schulplatz anzubieten.

Dem vorliegenden Entwurf der CDU-Fraktion für eine Resolution werde die SPD-Fraktion zustimmen.

Ratsherr Meyer führt aus, dass die UWG-Fraktion die gemeinsame interfraktionell erarbeitete Lösung sehr begrüße. Zur Formulierung schlägt er vor, folgende Ergänzung aufzunehmen:

„Eine Erhöhung der Klassenfrequenzen ist eine Ausschöpfung der im Schulgesetz vorgegebenen Bandbreite auf 29 Kinder.“

Wichtig sei der UWG-Fraktion darüber hinaus, dass bei der gemeinsamen Schulentwicklungsplanung mit Alfter auch die Schülerzahlen von Swisttal berücksichtigt werden, da deren Einfluss noch größer sei, als der von Alfter. Der gemeinsamen Resolution werde seine Fraktion zustimmen.

Ratsherr Logemann begrüßt den ergänzenden Formulierungsvorschlag von Ratsherrn Meyer und erklärt, für die FDP-Fraktion die Zustimmung zur Resolution.

Ratsherr große Deters betont, dass die Erwartungshaltung aller Beteiligten natürlich groß sei. Letztendlich könne aber den Eltern zum jetzigen Zeitpunkt keine Sicherheit gegeben werden, dass alle Rheinbacher Kinder auch in Rheinbach aufgenommen werden.

Bürgermeister Raetz stimmt Ratsherrn große Deters zu. Er unterstreicht, dass der Ausschuss und der Rat der Stadt Rheinbach die richtigen Beschlüsse gefasst habe, alles Weitere liege nicht in deren Hand,

Ratsherr Lenke führt aus, dass Ziel sein muss, möglichst viele Rheinbacher Kinder unterzubringen. Insofern werden seine Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der Resolution zustimmen.

Ratsherr Beißel macht darauf aufmerksam, dass selbst bei einem zusätzlichen Zug nicht garantiert werden könne, dass alle Rheinbacher Schüler unterkommen. Weitere Probleme ergäben sich vermutlich auch noch durch die Inklusion und die Erhöhung der Klassenstärken.

Ratsfrau Josten-Schneider bittet die Fraktionen, zusätzlich ihre Abgeordneten im Landtag zu kontaktieren und für dieses Thema zu sensibilisieren.

Bürgermeister Raetz appelliert an die Nachbarkommunen, hier vor allem an die Gemeinde Swisttal, in Gespräch zu bleiben und evtl. auch in einem Konsens zu einer Veränderung denn wenn sich dort nichts ändere, stehe man im nächsten Jahr vor dem gleichen Problem.

Ratsherr Beißel verliest eine Erklärung zur Resolution und bittet den Bürgermeister um eine Bürgerinformationsveranstaltung vom dem 16.02.2018.

Ratsherr Danz bittet, über den Punkt 1.5. gesondert abzustimmen.